

Liebe Karin Krings,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Anwesende,

das Für und Wider des Doppelhaushalts 2019/20 kurz in einer Haushaltsrede zusammenzufassen ist unmöglich.

Darum das Wichtigste zuerst: Inden wächst weiter und Steuererhöhungen wird es aktuell nicht geben.

Selbstverständlich ist das nicht. Laut Vorschlag der Verwaltung aus dem Jahre 2017 wäre in diesem Jahr beispielsweise die Grundsteuer B auf 1500 %- Punkte gestiegen, aktuell sind es 780 %-Punkte. U.a. durch Einsparungen konnten diese drastischen Steuererhöhungen verhindert werden und die Bürger und Gewerbetreibenden unserer Gemeinde bleiben von solch hohen Belastungen verschont. Das sollte allerdings nicht über die schlechte Finanzlage der Gemeinde hinwegtäuschen.

Der größte Teil der Ausgaben des Gemeindehaushaltes sind Pflichtausgaben und nur ein sehr geringer Anteil steht zur freien Verfügung. Selbst bei Einsparung dieser freiwilligen Ausgaben ist ein Haushaltsausgleich nicht möglich. Vom Rat der Gemeinde wird schon seit langem eine bessere Finanzausstattung durch Bund und Land gefordert. Eine Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) ist längst überfällig und dringend nötig.

Eine entsprechende Unterstützung fordern wir auch bei dem anstehenden Strukturwandel hier im Braunkohlrevier ein. Dabei wurden durch Verwaltung und Rat die ersten richtigen Weichen gestellt. Die Beteiligung von Inden an den interkommunalen Industriegebieten mit der Stadt Eschweiler und der Gemeinde Langerwehe ist richtig und findet unsere Zustimmung; zumal letzteres nach der Faktor X Philosophie klima- und ressourcenschonend errichtet werden soll.

Erfreulich ist die Tatsache, dass durch einen Investor der Bereich der alten Brikettfabrik an der Goltsteinstraße mit Wohnhäusern und einem Verbrauchermarkt bebaut wird und der Ortskern damit ein attraktiveres Erscheinungsbild erhält. Zudem wäre damit erreichbar, dass ein Großteil der Kaufkraft unserer Bürger in der eigenen Gemeinde verbleibt.

Richtig und wichtig sind insbesondere auch die Ausweisungen von anderen neuen Baugebieten. Allerdings sind uns hier durch den Flächenverlust, hervorgerufen durch den Tagebau, Grenzen gesetzt. Die Baugebiete werden sehr gut angenommen und erhöhen die Einwohnerzahl unserer Gemeinde. Um weiterhin selbstständig bleiben zu können, sind Neuausweisungen prinzipiell notwendig. Dabei ist der Gemeinde Inden durch das ressourcenschonende Bauen mit Faktor X eine Vorreiterrolle zu Teil geworden. Hier werden durch entsprechende Auswahl und Herkunft der Baumaterialien die Ressourcen beim Neubau eines Hauses um einen Faktor X verringert.

Da die Bauwilligen meistens junge Familien mit Kindern sind, besteht nun das Problem der Kinderbetreuung und des Schulraumes. Aus Kostengründen wurden die gemeindeeigenen Kindergärten an den Kreis Düren übertragen. Zu diesem Schritt sahen wir keine andere Alternative. Sonst hätten wir neben Personalneueinstellungen, Neubau und Finanzierung unserer eigenen Kindertagesstätten auch die Einrichtungen der anderen kreisangehörigen

Kommunen mitfinanzieren müssen.

Ebenfalls gestiegen sind die Anmeldezahlen bei den Schulkindern und bei der Betreuung durch die Offene Ganztagschule (OGS). Räume zur Unterbringung der Kinder werden rar. Darum hat sich **Bündnis90/ Die Grünen** unter Einbeziehung der Meinung des Schulleiters für einen Anbau an dem bestehenden Schulgebäude in Inden/Altdorf ausgesprochen. Die Schulleitung ist vor Ort und den OGS- Kindern bleibt ein Bustransfer nach Lucherberg erspart. Das waren für uns die ausschlaggebenden Argumente.

Der Kreis Düren hat die finanzielle Bezuschussung zugunsten unserer Jugendarbeit zum Jahresende gekündigt. Als Umsiedlungsgemeinde kam Inden bisher in den Genuss eines höheren Zuschusses. Diesen sieht man nicht mehr für gerechtfertigt. Um aber weiterhin einen, wenn auch geringeren Zuschuss, vom Kreis erhalten zu können, haben wir einen entsprechenden Vertrag mit dem Kreis akzeptiert. Dieser sieht eine Kooperation mit der kirchl. Jugendarbeit Inden und der Jugendarbeit in Langerwehe mit einer anderen Aufteilung des Personals vor. Damit ein Zuschuss des Kreises nicht komplett gestrichen wird, und somit evtl. die kompletten Kosten der Jugendarbeit zulasten der Gemeindekasse gehen, haben wir dem Vertrag zugestimmt. Uns ist die Jugendarbeit sehr wichtig. Denn hier handelt es sich um eine präventive Maßnahme.

Weitere Ausgaben sind erforderlich und entsprechende Gelder sind im Haushalt eingestellt, wie z.B.:

- für die Goltsteinschule zur Sanierung einzelner Schulräume,
- für die Goltsteinkuppe mit seinem Kinderspielplatz, der eine Beschattung erhält,
- für die Einstellung einer Betreuungskraft (20 Std./Woche) zugunsten der Sozialbetreuung der Flüchtlinge, finanziert durch Zuweisungen des Landes NRW,
- für die Sanierung der Friedhöfe in unserer Gemeinde,
- für Sanierungsarbeiten am Sportpark Inden/Altdorf. Einen Antrag für entsprechende Fördergelder werden wir gleich noch beschließen.

Als unsere Pflichtaufgabe betrachten wir die Ausgaben und Anschaffungen für die Freiwillige Feuerwehr. Völlig unstrittig ist bei allen Ratsmitgliedern, dass den freiwilligen Mitgliedern der Wehr für ihre ehrenamtliche Tätigkeit das nötige Material zur Verfügung stehen muss. Diskussionen gab es über die Art und Höhe der Vergaben. So wurden z.B. folgende Investitionen für die Freiwillige Feuerwehr geplant bzw. bereits getätigt:

- für einen Kommandowagen - durch diese Anschaffung ist eine schnellere und sichere Anfahrt der Wehrleitung bzw. seinem Vertreter zu den Einsatzorten gewährleistet,
- für ein neues Löschfahrzeug für Lamersdorf. Der Auftrag zur Anschaffung ist erteilt.
- für einen eigenen Mannschaftstransportwagen für die Kinderfeuerwehr; diese Entscheidung fiel uns nicht schwer, da allein 80 % der Anschaffungskosten durch das Land NRW gefördert werden,
- für ein Notstromaggregat und notwendige techn. Ausrüstungen,
- für Investitionen in die Feuerwehrgerätehäuser. Da besonders in Frenz viele Frauen aktiv sind, die zur Zeit noch keinen eigenen Umkleide- und Sanitärbereich haben, wird das Gerätehaus um einen Sozialtrakt erweitert.

Bevor ich nun zu unseren Kritikpunkten komme, noch ein Wort zu den Rückforderungen der Gutschriften der Schmutzwasserbeiträge. Sie haben in der Bevölkerung für großen Unmut gesorgt. Auch wir von **Bündnis90/Die Grünen** halten es für richtig und notwendig, die irrtümlich erstatteten Gutschriften der Falschberechnungen bei der Abwassergebühr für das Jahr 2015 im Nachhinein zu korrigieren. Schließlich sind die Bürger des Ortsteils Lucherberg hiervon nicht betroffen, da sie von einem anderen Wasserwerk beliefert werden und nie eine Gutschrift erhalten haben. Ein Verzicht auf eine Nachberechnung würde nicht nur die Bürger von Lucherberg ungerechtfertigterweise belasten. Die Kosten wären nur über erhöhte Steuereinnahmen auszugleichen, die in prozentual identischer Höhe zu Lasten aller Bürger unserer Gemeinde anfallen würden.

Das größte Ärgernis für uns ist immer noch die fehlende Bereitschaft in Inden einen Sozialbau zu errichten. Scheinbar nimmt man lieber viel Geld für die Notlösungen wie Wohnmobile und -container in die Hand als langfristigen, flexiblen Wohnraum zu schaffen. Dass solch ein Bau nicht nur für Flüchtlinge und Obdachlose sondern bei den steigenden Mietkosten auch für sozial schwache Familien erforderlich ist, liegt auf der Hand. Klar ist auch, dass es sich dabei nur um einen ersten Schritt handeln kann. Durch den Bau von Sozialwohnungen werden nicht nur Gelder eingespart, es werden menschenwürdige Unterkünfte erstellt und soziale Härten abgefedert. Hierfür sind auch Fördermittel vom Bund in Aussicht gestellt.

Unsere Hauptkritikpunkte am vorliegenden Haushalt sind im Einzelnen wie folgt:

- Auch in diesem Haushaltsplan blieb es bei der Minderung des Haushaltsansatzes von ursprünglich 1,7 Mio. € auf 600.000,-- € für die Schaffung von sozialem Wohnraum.
- Die Planung und Weiterführung des Baugebietes „Sportplatz Frenz“ lehnen **Bündnis90/Die Grünen** u.a. wegen der Bodenbelastungen weiterhin ab. Somit wollen wir auch keine weiteren Gelder hierfür in die Hand nehmen.
- Die Kosten in Höhe von 50.000,-- € für die Inwertsetzung des Hanges an der Goltsteinkuppe hätten vermieden werden können. **Bündnis90/Die Grünen** hatten sich von Anfang an gegen die Rodung des Hanges ausgesprochen.

Völlig unverständlich ist uns bei vielen Punkten auch die lange Zeit der Bearbeitung bis zur Beratung und Beschlussfassung. Als Beispiel mag unser Antrag vom Februar 2019 gelten, der das Anlegen von Blühstreifen auf gemeindeeigenen Flächen anregte. Dieser Antrag wurde in den Fachausschuss verwiesen und bis heute noch nicht behandelt, da von der Verwaltung noch ein Konzept erarbeitet wird. Wir hoffen, dass Konzept und Beschluss jetzt wenigstens rechtzeitig bis zur nächsten Pflanzsaison bearbeitet sind.

Wie in den vorherigen Jahren sind auch bei den Beratungen zu diesem Doppelhaushalt wieder Ungereimtheiten und Nachfragen nötig gewesen. Dazu zählen immer noch die Personalkosten. Diese sind vom Jahr 2016 zum Jahr 2018 um 850.000,-- € gestiegen. Tarifierhöhungen allein können diese Steigerungen nicht ausmachen. Wir sehen unsere Befürchtungen bestätigt, dass ein Teil der Steuererhöhungen von den Personalkosten aufgezehrt werden. Die Personalpolitik ist Sache des Bürgermeisters und er trägt auch die Verantwortung für diese Entwicklung.

Genauso verhält es sich bei den erhöhten Versicherungskosten der Gemeinde. Ohne Wissen der Politik wurden Versicherungen beim bisherigen ortsansässigen Anbieter gekündigt und anderweitig neu abgeschlossen. Vollmundig wurde dem Rat versprochen, der Versicherungsumfang bliebe gleich und die Gemeinde spare 20.000,-- € ein. Jetzt hat sich herausgestellt, dass die Beiträge größtenteils höher sind und in fast allen Verträgen ein Selbstbehalt vereinbart ist. Einige Liegenschaften sind sogar nicht mehr versichert. Hier sind bereits Schadensfälle im vierstelligen Bereich eingetreten, die komplett aus der Gemeindekasse finanziert werden mussten.

Für all diese Mehrkosten ist allein der Bürgermeister verantwortlich.

Ebenso trägt der Bürgermeister die Verantwortung für die unnötigen Gerichts- und Anwaltskosten. So wurde der Haushaltsansatz notwendigerweise von der Großen Koalition (GroKo) und **Bündnis 90/Die Grünen** auf 70.000,-- € aufgestockt. Hierin enthalten sind u.a. die Kosten für den Rechtsstreit mit Altbürgermeister Ulrich Schuster, die nicht von einer Versicherung beglichen werden. Dieses Verfahren wurde ungerechtfertigterweise und gegen den Willen der drei Fraktionen von CDU, SPD und **Bündnis90/Die Grünen** vom Bürgermeister betrieben. Zudem beschneidet der Bürgermeister seit seiner Amtseinführung bis heute die Kontrollfunktionen des Rates. Trotz Anweisung der Kommunalaufsicht ist er bisher nicht davon abgewichen. Dieses Verhalten zwingt die Politik nun, auch auf Anraten des Landrates, den Rechtsweg zu beschreiten. Mit etwas gutem Willen seitens des Bürgermeisters könnten dieser Schritt und die entstehenden Kosten hierfür vermieden werden. Wir fordern Herrn Langefeld nochmals dazu auf, die demokratischen Regeln zu akzeptieren und endlich die sinnlosen Reklamationen der Mehrheitsbeschlüsse und die ungerechtfertigten Rechtsstreitigkeiten zu unterlassen.

Unser Fazit für den vorliegenden Haushalt:

Positiv ist: Indens Entwicklung durch neue Baugebiete und keine geplanten Steuererhöhungen in 2019 und 2020.

Negativ ist: Ein für uns strittiges Neubaugebiet und kein sozialer Wohnungsbau für sozial Schwache und ausländische Mitbürger.

Insbesondere der letzte Punkt bereitet uns große Bauchschmerzen. Hierbei ist es ein kleiner Lichtblick, dass die GroKo den Ankauf von Bestandshäusern anstrebt um wenigstens für einige Flüchtlinge die langfristige Unterbringung in den Containern und Wohnmobilen zu beenden.

Trotz der Differenzen möchten wir uns bei der GroKo für den fairen Umgang miteinander und die punktuell gute Zusammenarbeit bedanken. Ein Dank gilt den Verwaltungsmitarbeitern, die bei der Erstellung des Haushaltes eine Menge Arbeit bewältigt, und die uns in der Vergangenheit unterstützt haben.

Nach Abwägung der aus unserer Sicht positiven und negativen Punkte werden wir diesem Haushalt unsere Zustimmung geben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Hella Rehfisch
Fraktionsvorsitzende